

Öffentliche Anhörung des Wirtschaftsausschusses zu TTIP und CETA – 16.3.2015

Stellungnahme von Jürgen Maier, Forum Umwelt & Entwicklung / Bündnis TTIP-Unfairhandelbar

A. Verhandlungsmandat

Das Verhandlungsmandat der EU-Regierungen für die Kommission zur Aushandlung von CETA datiert vom Dezember 2004. Geändert wurde es im April 2009, bezüglich der Aufnahme eines Investitionsschutzkapitels. Anfang 2013 erteilten die EU-Regierungen der Kommission das Verhandlungsmandat für TTIP.

An der Erarbeitung und Beschlussfassung dieser Mandate waren weder Parlamente noch Öffentlichkeit beteiligt. Sie wurden weder gefragt, ob sie so ein Abkommen überhaupt wollen, noch was in einem solchen Abkommen eigentlich geregelt werden soll. Sie sollten noch nicht einmal erfahren, was in ihrem Namen eigentlich verhandelt wird. Das CETA-Verhandlungsmandat ist offiziell immer noch geheim. Das TTIP-Verhandlungsmandat wäre heute auch noch geheim, wenn es nicht bereits im Juli 2013 durchgesickert wäre und auf der Website eines französischen Fernsehsenders aufgetaucht wäre. Angesichts dieser Realitäten war die offizielle Veröffentlichung des ohnehin längst bekannten Verhandlungsmandats durch die Kommission am 9.10.2014 nicht mehr als die Anerkennung einer faktisch bestehenden erhöhten Transparenz, die die kritische Öffentlichkeit längst gegen den Willen von Kommission und EU-Regierungen hergestellt hatte.

Wer viele Jahre lang die relativ transparenten multilateralen Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation WTO beobachtet und begleitet hat, kann eine derartige Geheimniskrämerei nur als vordemokratisch empfinden und sich wundern, dass Parlamente so etwas mit sich machen lassen. Beispielhaft sei die Bundesrats-Resolution vom 7. Juni 2013 zitiert, in der der Bundesrat u.a. kritisch darauf verweistⁱ, dass es im Dienstleistungsbereich schon weitgehende WTO-Liberalisierungsverpflichtungen gibt.

Nur wenige Tage (12.6.13) später twittert der damalige Bundeswirtschaftsminister Rösler direkt aus der Kabinettsitzung »TTIP-Mandat vorbehaltlos angenommen«ⁱⁱ – und was weder Bundesrat noch Öffentlichkeit erfahren sollten, ist: das TTIP-Mandat will auch im Dienstleistungssektor eine umfassende Liberalisierung mit »*ehrgeizigen Zielen, verfolgt, die über die bestehenden WTO-Verpflichtungen hinausgehen*«ⁱⁱⁱ. Genau dasselbe Ziel verfolgt die EU bei den parallel laufenden TISA-Verhandlungen, beim geplanten Freihandelsabkommen EU-Japan und vielen weiteren derartiger Verhandlungen.

Allen gemeinsam ist: weder wurde öffentlich diskutiert, ob die Bürgerinnen und Bürger Europas solche Abkommen überhaupt wollen, noch mit welcher Zielsetzung die EU in die Verhandlungen geht, noch sollen die Bürgerinnen und Bürger die Verhandlungsmandate und Dokumente sehen. Die »Transparenzoffensive« der Kommission bezieht sich ausschließlich auf TTIP, weil dort inzwischen derart viele Dokumente durchsickerten und weiter durchsickern, dass die Kommission ohnehin nur noch vor der Frage steht, wer die Dokumente zuerst veröffentlicht: die Kommission oder jemand anders. Alle anderen Verhandlungsrunden für andere Verträge laufen weiterhin völlig im Geheimen ab.

Liest man die Verhandlungsmandate von CETA und TTIP und vergleicht sie mit den öffentlichen Diskussionen um diese geplanten Abkommen, kommt man nicht umhin, sie als Dokumente einer vergangenen Zeit zu empfinden. Die Bürgerinnen und Bürger Europas wollen nicht immer mehr

Globalisierung, Liberalisierung, Deregulierung. Die Verhandlungsmandate sehen aber genau dies vor. Daher wurden sie ohne Beteiligung und Wissen der Öffentlichkeit und der Parlamente beschlossen, und deshalb entbehren sie faktisch jeglicher demokratischer Legitimation. Die öffentliche Kontroverse um TTIP und CETA ist die Konsequenz aus diesem Demokratiedefizit: die Bürgerinnen und Bürger spielen nicht mehr die ihnen in der EU-Handelspolitik zugedachte passive Rolle.

B. Begründungen von Kommission und Bundesregierung für TTIP

Die öffentlichen Begründungen, wie sie Kommission und Bundesregierung heute für TTIP vorbringen, konzentrieren sich auf Dinge, die im Verhandlungsmandat nur eine untergeordnete Rolle spielen:

1. Arbeitsplätze und Wachstum
2. Geostrategie: wer setzt Standards, Asien oder Europa
3. Europäische Standards stehen nicht auf dem Spiel
4. Wertegemeinschaft
5. KMUs

Zu 1: TTIP bringe Wirtschaftswachstum in Schwung und schaffe Arbeitsplätze: Das war lange das wichtigste Argument pro TTIP. Doch die Berechnungen erwiesen sich als zu widersprüchlich, hielten einer gründlichen Analyse nicht stand. Die EU-Kommission stützte ihre Argumentation vor allem auf eine von ihr beim Centre for Economic Policy Research (CEPR) in Auftrag gegebene Studie. Danach sollte bei einem umfassenden (also politisch eher unwahrscheinlichen) TTIP das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU im Jahr 2027 um 0,48 Prozent und das der USA um 0,39 Prozent höher sein. Diese Zahlen geben den Gesamteffekt an, der die ökonomischen Effekte des Abkommens am Ende einer Anpassungsphase von etwa 10 bis 20 Jahren beziffert, also auf lange Sicht. Bezogen auf den in der CEPR-Studie unterstellten Anpassungszeitraum von zehn Jahren brächte die TTIP der EU und den USA ein zusätzliches durchschnittliches Wachstum beim BIP von weniger als 0,05 Prozentpunkten pro Jahr. Das ist verschwindend gering.

Dazu Sabine Stephan von der Hans-Böckler-Stiftung: *»Auf der Website der EU-Kommission heißt es zur CEPR-Studie: "Einem unabhängigen Bericht zufolge könnte ein ambitioniertes Abkommen Unternehmen Ersparnisse in Millionenhöhe bescheren und Hunderttausende neue Arbeitsplätze kreieren." Tatsächlich werden in der CEPR-Studie überhaupt keine Aussagen zu gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsgewinnen oder -verlusten gemacht. Das ist auch gar nicht möglich, weil im CEPR-Modell ein festes Arbeitsangebot und Vollbeschäftigung unterstellt werden und deshalb das Beschäftigungsniveau langfristig konstant ist. Das heißt: In dem gewählten Modellrahmen können langfristige Beschäftigungseffekte eines Freihandelsabkommens - anders als von der EU-Kommission behauptet - überhaupt nicht gemessen werden.*^{iv}

Andere Studien, etwa von Jeronim Capaldo von der Tufts University, kommen zu dem Ergebnis, dass die Auswirkungen von TTIP überwiegend negativ wären. Seine Berechnungen nach dem »United Nations Global Policy Model« kommen auf wahrscheinliche Arbeitsplatz- und Reallohnverluste vor allem in Nordeuropa und auf ein sinkendes BIP.^v

Auch der Europäische Rechnungshof hat die Kommissionsstudien zur Berechnung der Effekte von Freihandelsabkommen kritisch unter die Lupe genommen und festgestellt, dass die dafür verwendete Methode des Computable General Equilibrium Model (CGE-Modell) nur für Simulationszwecke verwendet werden kann, nicht aber um wirkliche wirtschaftliche und soziale

Auswirkungen solcher Abkommen zu berechnen und sogar: »*all results are implicitly linked to the assumptions and calibration made*«, sprich: man bekommt die Ergebnisse, die man haben möchte.^{vi}

Angesichts dieser Situation ist es nur konsequent, dass Wirtschaftsminister Gabriel inzwischen auf Distanz zu all diesen Studien geht. Er verglich sie bei der SPD-TTIP-Konferenz am 23.2. im Willy-Brandt-Haus mit »Voodoo Economics« und sie seien das Geld nicht wert, das man für sie ausgeben würde. Man könne nicht einmal das zu erwartende Wirtschaftswachstum des laufenden Jahres seriös berechnen. Die CEPR-Studie hat übrigens €78.475 gekostet.^{vii}

Zu 2: Geostrategische Argumente haben in demselben Masse an Bedeutung in der Argumentation pro TTIP gewonnen, indem die Berechnungen für hypothetische Arbeitsplatzgewinne an Bedeutung verloren. Es ist jedoch illusionär zu glauben, EU und USA könnten bilateral Standards für die ganze Welt setzen. Diese Zeiten sind lange vorbei. Globale Mindest-Standards setzt man in globalen Gremien. Ob diese Standards dann 100% die eigenen Wertvorstellungen widerspiegeln, ist eine andere Frage – sie werden immer Kompromisse sein, so wie das auch in bilateralen Verhandlungen mit den USA, Kanada oder anderen der Fall sein wird. Entscheidend ist aber, dass alle beteiligt sind, für die diese Standards gelten sollen.

Globale Standards können also nur global gesetzt werden, und dafür gibt es bereits zahlreiche Gremien und Verträge. Für Lebensmittelstandards gibt es beispielsweise seit 1953 die Codex Alimentarius-Kommission der WHO und FAO, der 185 Staaten angehören, auch alle EU-Staaten und die USA. Während die EU CA-Regeln als Mindeststandards übernimmt, tun die USA das nicht. Will man mit TTIP nun eine Konkurrenz zum Codex Alimentarius etablieren? Auf dem Weg zu globalen Mindeststandards wäre es weitaus sinnvoller, wenn die USA auch endlich CA-Mindeststandards übernehmen würden.

Was Arbeitnehmerrechte angeht, gibt es ILO-Vereinbarungen, die leider von den USA im Gegensatz zu fast allen anderen Staaten nicht akzeptiert werden. Wer etwas für Gewerkschaftsfreiheit tun will, hat mit den USA sicher den falschen Partner – da sind Gewerkschaften selbst in vielen Schwellenländern wie Brasilien oder Südafrika weniger Repressalien ausgesetzt. Wer bessere Energieeffizienzstandards haben möchte, sollte sich mit dem Vorreiter Japan zusammentun. Für bessere Standards gibt es viele Partner, nicht nur einen.

Auch die Angst, »die Asiaten« setzen Standards über unsere Köpfe hinweg, kann nur als Panikmache bezeichnet werden. Es wäre vielleicht nachvollziehbar, wenn die Schweiz solche Ängste hätte. Aber selbst der kleine Schweizer Markt ist offenbar so attraktiv, dass weltweit beispielsweise Elektrogeräte für die weltweit einzigartigen Schweizer Steckdosen hergestellt werden. Aufstrebende Schwellenländer wie China würden niemals den Riesenmarkt der EU oder der USA links liegenlassen, indem sie sich weigern würden, unsere Standards zu erfüllen. Wer solche Behauptungen als Begründung für TTIP heranzieht, betreibt Panikmache. Deutschlands Handelsvolumen mit den Ländern Asiens ist bereits heute fast doppelt so hoch wie das Handelsvolumen mit den USA (€165 Mrd gegenüber €90 Mrd). Von asiatischen Versuchen, uns niedrigere Standards aufzudrücken, ist bisher nichts bekannt geworden – im Gegensatz übrigens zu den diversen WTO-Klagen der USA gegen die europäische Gesetzgebung bei Hormonfleisch, Gentechnik usw.

Zu 3: Europäische Standards stehen nicht auf dem Spiel, versichern Kommission und Bundesregierung. Eigentlich ist das keine wirkliche Begründung für TTIP, denn das wäre auch ohne TTIP der Fall. Man kann generell davon ausgehen, dass die Kommission die europäische Gentechnik-

Gesetzgebung und viele andere europäische Umwelt- und Verbraucherschutzregeln nur halbherzig verteidigt, da diese zu erheblichen Teilen gegen den Willen der Kommission beschlossen wurden. Wie es aussieht, wenn eine Regierung nicht bereit ist, ihr Regulierungsniveau im Rahmen von TTIP zur Disposition zu stellen, machen die USA vor. Über die Einbeziehung der Finanzmarktregulierung in das TTIP sind die USA sehr zum Unwillen der Kommission und der Finanzindustrie nicht einmal bereit, zu reden: in den Worten von US-Finanzminister Jack Lew hat Finanzmarktregulierung in Handelsabkommen nichts zu suchen » *We will not allow these agreements to serve as an opportunity to water down domestic financial regulatory standards*«^{viii} Es wäre zu wünschen, dass Europa ähnlich konsequent seine Regulierung verteidigt. Denn Verhandlungen sind ein Geben und Nehmen: wer erklärt, er werde in Verhandlungen nichts geben, sondern nur nehmen, ist nicht sonderlich glaubwürdig.

Das eigentliche Problem ist aber nicht nur die Beibehaltung existierender Standards, sondern die angestrebte »regulatorische Kooperation« wäre auch ein nicht zu unterschätzendes Hindernis für neue, höhere Standards. Ganz im Sinne von Wirtschaftslobbies würde es schwerer, höhere Umwelt-, Datenschutz- oder Sozialstandards zu beschließen. Hätte Kalifornien 1973 einseitig den Pkw-Katalysator einführen können, wenn eine verpflichtende regulatorische Kooperation bei Automobilstandards nach dem Muster von TTIP in Kraft gewesen wäre? Es wäre zumindest sehr viel schwieriger gewesen. Der Anspruch, »Vorreiter« für bessere Standards zu sein, hätte sich für Deutschland oder die EU damit weitgehend erledigt. Wie eine Angleichung an amerikanische Regulierungsverfahren aussehen würde, hat die Sachverständige Virginia Robnett bei der Anhörung des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft am 30.6.2014 erläutert.^{ix}

Zu 4: Die EU-Mitgliedsländer und die USA sind demokratische Rechtsstaaten, wie viele andere Staaten auch. Ein TTIP wie vom geltenden Verhandlungsmandat vorgesehen würde die viel zitierte Wertegemeinschaft dieser demokratischen Rechtsstaaten jedoch nicht stärken, sondern untergraben. Sogenannte Investor-Staat-Schiedsgerichte (ISDS) wurden in Investitionsschutzverträgen Deutschlands mit anderen Ländern mit nicht oder schlecht funktionierenden Rechtsstaaten erfunden. Es ist nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet Leute, die die transatlantische Wertegemeinschaft der freiheitlich-demokratischen Rechtsstaaten hochhalten, gleichzeitig so tun als wäre es einem deutschen Unternehmer oder Investor nicht zuzumuten, im Bedarfsfall vor amerikanische Gerichte zu ziehen. Bisher konnten weder Bundesregierung noch EU-Kommission trotz wiederholter Nachfragen Beispiele nennen, dass europäische Investoren in den USA benachteiligt werden und vor Gericht keine Abhilfe schaffen konnten – und auch keine Beispiele für entsprechende Fälle mit US-Investoren in der EU. Das kann nur bedeuten, dass es diese Fälle nicht gibt – und auch die Tatsache, dass ganz ohne ISDS das europäisch-amerikanische gegenseitige Investitionsvolumen mit weitem Abstand das größte der Welt ist, zeigt eindeutig, dass es keinen Bedarf für ISDS gibt. ISDS ist die Antwort, aber was war eigentlich die Frage?

Die hilfsweise vorgetragene Begründung, es gehe gar nicht um die westeuropäischen Demokratien, sondern um osteuropäische Länder wie Ungarn oder Rumänien, in denen angeblich der Rechtsstaat nicht funktioniere, vermag ebenfalls nicht zu überzeugen, weil die USA mit diesen Ländern ohnehin längst bilaterale Investitionsschutzabkommen haben. Auch hier also: kein Bedarf für ISDS. TTIP würde ISDS nur in den westeuropäischen Ländern wie Deutschland einführen, in denen man es definitiv nicht braucht. Wiederum hilfsweise kommt das Argument, diese alten bilateralen Investitionsschutzabkommen osteuropäischer Länder müssen reformiert werden und daher solle

TTIP sie ersetzen. Allerdings: wenn alte Verträge schlecht sind, muss man sie eben kündigen, was die bei ausländischen Investoren durchaus beliebten Länder Südafrika und Indonesien zurzeit machen, ohne dass deswegen ausländische Investoren fernbleiben.

Zu 5: Im Verhandlungsmandat spielt der Mittelstand kaum eine Rolle. Auch nach 8 Verhandlungsrunden ist kaum erkennbar, was TTIP kleinen und mittleren Unternehmen bringen soll. Die Verhandlungen drehen sich vor allem um verbesserte Informationsaufbereitung für KMUs über den jeweiligen Marktzugang – dafür braucht man sicherlich kein TTIP. Der Bundesverband Mittelständische Wirtschaft steht TTIP erkennbar distanziert gegenüber und lehnt vor allem die ISDS-Klauseln ab, aber auch den geplanten Regulierungsrat. Der BVMW fordert bis heute, TTIP müsse erst noch »mittelstandstauglich« werden^x.

C. Konsequenzen

Das Handelsvolumen zwischen der EU und den USA ist bereits heute das grösste Handelsvolumen zwischen Wirtschaftsblöcken weltweit. Deutschland erzielt mit den USA einen größeren Außenhandelsüberschuss als mit irgendeinem anderen Land: 40 Milliarden Euro jährlich. Die Zölle sind niedrig, es gibt keine größeren protektionistischen Handelshemmnisse zwischen Europa und Amerika, vielleicht abgesehen vom Agrarsektor (und dort mit guten Gründen).

TTIP ist ein Abkommen, das vor Jahren konzipiert wurde, um eine Deregulierungspolitik voranzutreiben, die die EU und die USA jahrelang in der WTO erfolglos vorangetrieben haben. Abkommen wie das geplante TTIP braucht man nur, wenn man eine neue Welle von Deregulierung einleiten will, sowohl in den USA als auch in Europa. Wenn man der Wirtschaft mehr Macht geben will, unerwünschte Regulierungen abzuwehren. Erklärtes Ziel von TTIP ist die »regulatorische Harmonisierung«. Dies bezieht sich nicht nur auf bestehende, sondern auch auf zukünftige Regulierung. Würde TTIP zukünftige Regulierung ausklammern, würde die regulatorische Harmonisierung mit der Zeit schnell wieder verloren gehen, daher soll mit diesem Abkommen diese Harmonisierung dauerhaft festgeschrieben werden. Für die GD Handel der Kommission ist Regulierung im Wesentlichen ein »nichttarifäres Handelshemmnis«.

Aber Regulierung ist nicht einfach ein Handelshemmnis. Regulierung ist ein Ausdruck demokratischer Werteentscheidungen. Entscheidungen darüber gehören nicht in »regulatorische TTIP-Kooperationsräte« oder in nichtöffentlich tagende EU-Ratsausschüsse, fernab jeder demokratischer Kontrolle.

Insgesamt entzieht sich die europäische Handelspolitik und ihre Hauptakteure, die Generaldirektion Handel der Kommission und der Handelspolitische Ausschuss des Rates, de facto einer effektiven parlamentarischen Kontrolle sowohl durch das zahnlose Europaparlament (das bekanntlich kein Gesetzgebungsrecht hat) als auch durch die nationalen Parlamente, da Handelspolitik längst EU-Kompetenz ist. Mittlerweile werden von der GD Handel jedoch nahezu alle Bereiche der Wirtschaftspolitik mit Auswirkungen weit darüber hinaus in allen möglichen anderen Politikbereiche als »Handelspolitik« bezeichnet, z.B. Regulierung aller Art, so dass die Auswirkungen dieses eklatanten Demokratiedefizits immer größer werden. Dieser Zustand ist untragbar, und daher sind die Proteste der Zivilgesellschaft auch ein Protest gegen dieses Fehlen einer effektiven parlamentarischen Kontrolle über die GD Handel - und ein Aufruf an die Parlamente, dies zu ändern.

Die »offizielle« Politik versteht bis heute nicht, was eigentlich das Problem ist, warum so viele Bürgerinnen und Bürger dieses geplante Abkommen ablehnen. Daher werden PR-Offensiven geplant. Aber: Es handelt sich bei der wachsenden Opposition gegen TTIP nicht um »Missverständnisse«, die man mit »mehr Informationen« begegnen könnte. Vielmehr lehnen umso mehr Bürger das Abkommen ab, je besser sie informiert sind. Der Fall, dass die Öffentlichkeit das geplante TTIP nicht etwa ablehnt, weil sie nicht genug wissen, sondern gerade weil sie immer besser verstehen, worum es geht, ist in der PR-Strategie der Kommission gar nicht definiert. Der Versuch, TTIP und CETA einer widerstrebenden Bevölkerung dennoch aufzuzwingen, wird das Demokratiedefizit und die Legitimationskrise europäischer Handelspolitik und ganz allgemein der Art und Weise, wie in der EU Politik gemacht wird, massiv verschärfen.

ⁱ Bundesratsdrucksache 464/13 (Beschluss)



ⁱⁱ

ⁱⁱⁱ TTIP-Verhandlungsmandat, Art. 3

^{iv} Sabine Stephan, Hans-Böckler-Stiftung, <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-11/ttip-freihandelsabkommen-arbeitsplaetze>

^v The Trans-Atlantic Trade and Investment Partnership: European Disintegration, Unemployment and Instability, Tufts University, Global Development and Environment Institute, Working paper No. 14-03, <http://ase.tufts.edu/gdae>

^{vi} Europäischer Rechnungshof, Are preferential trade arrangements appropriately managed, Mai 2014, S.45, http://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR14_02/QJAB14002ENC.pdf

^{vii} EP-Anfrage Fabio de Masi DE E-006244/2014: Antwort von Herrn De Gucht im Namen der Kommission (15.9.2014)

^{viii} <http://www.moneynews.com/Markets/Trade-Deals-Financial-Regulations-Treasury-Lew/2013/12/05/id/540201/>

^{ix} Ausschuss-Drucksache 18(10)120-B

^x <http://www.bvmw.de/nc/homeseiten/news/artikel/ohoven-ttip-muss-mittelstandstauglich-werden-1.html>; http://www.bvmw.de/fileadmin/download/Downloads_allg_Dokumente/politik/Positionspapier_TTIP.pdf